



Informationen gemäß Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Verarbeitungstätigkeit: Einbürgerungen und Staatsangehörigkeitswesen

1. Verantwortlich

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis
Ludwigstraße 3 - 5
55469 Simmern

Ansprechperson

Herr Markus Vollrath
06761 82-139
markus.vollrath@rheinhunsrueck.de

2. Beauftragte für den Datenschutz

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis
Datenschutzbeauftragte
Ludwigstraße 3 - 5
55469 Simmern

Kontaktdaten

06761 82-182
datenschutz@rheinhunsrueck.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Einbürgerung von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit sowie Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit.

Rechtsgrundlagen: Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Es werden Daten, abhängig vom Verfahren, weitergegeben an das Ausländerzentralregister (AZR), fachvorsetzte Landes- und Bundesbehörden sowie Meldeämter.

5. Übermittlung an Drittland

Es findet keine Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation statt.

6. Dauer der Speicherung

30 Jahre.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- **Recht auf Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO)
- **Recht auf Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Artikel 16 DSGVO)
- **Recht auf Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Artikel 17 DSGVO zutrifft. Artikel 17 Absatz 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- **Recht auf Einschränkung** der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Artikel 21 Absatz 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- **Recht auf Widerspruch** nach Artikel 21 DSGVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.
- **Recht auf jederzeitigen Widerruf** einer nach Artikel 7 DSGVO erteilten Einwilligung in den Verarbeitungsfällen des Artikel 6 Absatz 1 lit. a oder Artikel 9 Absatz 2 lit. a DSGVO.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das **Recht auf Beschwerde** bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden (Artikel 13 Absatz 1 lit. e DSGVO). Dies ist für Rheinland-Pfalz

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Kontaktdaten

Telefon: +49 (0) 6131 208-2449
Telefax: +49 (0) 6131 208-2497
Webseite: www.datenschutz.rlp.de
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Stand dieser Information: 23.07.2019